

Stadt Lindau (B) 9. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 135 "Neubau Aldi, Sennhofweg"

Abwägungstabelle zur Entwurfsfassung vom 20.02.2024 Sieber Consult GmbH, Lindau (B)/Weingarten
27.08.2024

1 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)

1.1 Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 08.04.2024. zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zur Entwurfsfassung vom 20.02.2024 bis zum 15.05.2024 aufgefordert.

1.2 Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind keine Anregungen zur Abwägung relevant:

- Regierung von Schwaben, Gewerbeaufsichtsamt, Augsburg (keine Stellungnahme)
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Koordination Bauleitplanung – BQ, München (keine Stellungnahme)
- Landratsamt Lindau, Untere Naturschutzbehörde (keine Stellungnahme)
- THW, OV Lindau (keine Stellungnahme)
- Landespolizeiinspektion, Lindau (keine Stellungnahme)
- eza, Energie- & Umweltzentrum Allgäu, Kempten (keine Stellungnahme)
- Stadtheimatspfleger, Stadtbauamt, Lindau (keine Stellungnahme)
- Zweckverband für Abfallwirtschaft (zak Kempten) (keine Stellungnahme)
- Gemeinde Hörbranz (keine Stellungnahme)
- Gemeinde Achberg (keine Stellungnahme)
- Gemeinde Weißensberg (keine Stellungnahme)
- Gemeinde Sigmarzell (keine Stellungnahme)
- Landratsamt Lindau, Untere Denkmalschutzbehörde (Stellungnahme ohne Anregung)
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kempten (Allgäu), Bereich Landwirtschaft, Kempten (Stellungnahme ohne Anregung)
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kempten (Allgäu), Bereich Forsten, Immenstadt i. Allgäu (Stellungnahme ohne Anregung)
- Amt für ländliche Entwicklung Schwaben, Krumbach (Stellungnahme ohne Anregung)
- Handwerkskammer Schwaben, Augsburg (Stellungnahme ohne Anregung)
- Industrie- und Handelskammer, Schwaben und Augsburg, Augsburg (Stellungnahme ohne Anregung)
- Staatliches Bauamt Kempten, Bereich Straßenbau (Stellungnahme ohne Anregung)
- Vermessungsamt Immenstadt (Stellungnahme ohne Anregung)

- Kreisbrandinspektion Landkreis Lindau, Kreisbrandrat, Scheidegg (Stellungnahme ohne Anregung)
- Vodafone GmbH, Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Unterföhring (Stellungnahme ohne Anregung)
- Zweckverband Wasserversorgung Handwerksgruppe, Sigmarszell (Stellungnahme ohne Anregung)
- Gemeinde Bodolz (Stellungnahme ohne Anregung)
- Gemeinde Wasserburg (Stellungnahme ohne Anregung)

1.3 Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind Stellungnahmen zur Abwägung relevant. Diese werden wie folgt behandelt:

1.3.1	Regierung von Schwaben, Höhere Landesplanungsbehörde, Augsburg Stellungnahme vom 07.05.2024:	<p>Zu o.a. Bauleitplanvorhaben haben wir uns zuletzt mit Schreiben vom 27. November 2023 (Gz. 24-4621.1-180/14; 4622.8180-35/1) geäußert. Seinerzeit haben wir Ihnen mitgeteilt, dass der geplanten Errichtung eines Lebensmitteldiscounters landesplanerische Belange dann nicht entgegenstehen, wenn sich die Stadt in den Begründungen zum Bebauungsplan und zur Flächennutzungsplanänderung mit den Aspekten zur Lage in der Gemeinde (Landesentwicklungsprogramm (LEP) Ziel 5.3.2) des Standortes auseinandersetzt und darlegt, dass die genannten Anforderungen an eine städtebaulich integrierte Lage erfüllt sind.</p> <p>Die Gemeinde hat die Bauleitplanunterlagen im vorgenannten Sinne ergänzt. Das Planungsgebiet liegt im Norden der Stadt Lindau (Bodensee) im Areal zwischen Sennhofweg und Kemptener Straße. Die unmittelbare Umgebung ist gewerblich geprägt, verdichtete Wohnbebauung befindet sich in rd. 130 Metern Entfernung südlich des Vorhabenstandorts. Die Anbindung an den ÖPNV erfolgt über die in ca. 100 Metern Entfernung gelegene Bushaltestelle "Hasenbank", welche in einer halbstündlichen Taktung bedient wird. Die Anforderungen des Standortes an eine städtebaulich integrierte Lage sind demnach erfüllt.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Es wird begrüßt, dass aus Sicht der Höheren Landesplanungsbehörde die Anforderungen des Standortes an eine städtebaulich integrierte Lage erfüllt sind und die geplante Änderung landesplanerischen Belangen nicht entgegensteht.</p> <p>Der Hinweis zum Ausschluss von Einzelhandelsagglomerationen wird zur Kenntnis genommen. Dies betrifft die Ebene der verbindlichen Bauleitplanung und wird da ausführlich behandelt.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
-------	--	---	--

		<p>Der geplanten Festsetzung des SO: "Sondergebiet Nahversorger" und des SO: "Sondergebiet Kindertagesstätte" stehen landesplanerische Belange nicht entgegen.</p> <p>Zu den geplanten gewerblichen Nutzungen geben wir erneut rein vorsorglich folgenden Hinweis: Wir sind seitens der obersten Landesplanungsbehörde angehalten, bei Gewerbe- und Mischgebietsausweisungen darauf hinzuweisen, dass "durch geeignete Festsetzungen die Entstehung unzulässiger Einzelhandelsagglomerationen auszuschließen ist".</p>	
1.3.2	Regionaler Planungsverband Allgäu, Kaufbeuren Stellungnahme vom 14.05.2024:	<p>Auf das Schreiben vom 27.11.2023 wird verwiesen. Des- sen Inhalte gelten nach wie vor.</p> <p>"Ob die geplanten Bauleitplanvorhaben mit den landes- planerischen Vorgaben, insbesondere mit den Zielen 5.3.1, 5.3.2 und 5.3.3 des Landesentwicklungspro- gramms Bayern (LEP) zu Einzelhandelsgroßprojekten, vereinbar sind, ist von der höheren Landesplanungsbe- hörde zu beurteilen."</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Der Verweis auf die Zuständigkeit der höheren Landespla- nungsbehörde wird zur Kenntnis genommen. Die Regierung von Schwaben wurde ebenfalls beteiligt und hat eine Stellung- nahme abgegeben. Die Stellungnahme der Regierung von Schwaben ist unter Ziffer 1.3.1 dieser Abwägungs- und Be- schlussvorlage abgedruckt und wird einer Abwägung zugeführt. Er erfolgt keine Planänderung.</p>
1.3.3	Landratsamt Lindau, Immissionsschutz Stellungnahme vom 13.05.2024:	<p>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Ab- wägung nicht überwunden werden können</p> <p>Einwendungen</p> <p>Aufgrund der Lärmkonflikte durch die Straßenverkehrs- lärmimmissionen der Bundesstraße 12 am Planungsge- biet und der gewerblichen Lärmimmissionen des Pla- nungsgebietes an der Umgebungsbebauung wurden zur Lösung der Lärmkonflikte in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Neubau Aldi Sennhofweg" zahlreiche immissionsschutztechnische Festsetzungen aufgenom- men. Deshalb ist der gesamte Änderungsbereich mit</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der Straßenver- kehrslärmimmissionen auf das Plangebiet und der Gewerbe- lärmemissionen vom Plangebiet auf die Umgebungsbebauung zahlreiche immissionsschutztechnische Festsetzungen in den parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan aufgenom- men wurden und dies im Flächennutzungsplan darzustellen ist und die Begründung anzupassen ist.</p>

	<p>dem Planzeichen 15.6 der PlanzV "Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes" darzustellen.</p> <p>Darüber hinaus ist die Begründung entsprechend der Stellungnahme zum o.g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu ändern.</p>	
	<p>Rechtsgrundlagen</p> <p>§ 5 Abs 2 Nr. 6 BauGB</p> <p>Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)</p> <p>1. Der gesamt Änderungsbereich ist mit dem Planzeichen 15.6 der PlanzV "Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes darzustellen.</p> <p>2. In Nr. 2.3.5.1 der Begründung vom 20.02.2024 ist Absatz 2 ab Satz 6 wie folgt neu zu fassen:</p> <p>Um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den Innenräumen zu gewährleisten, sind Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Im Bebauungsplan sind deshalb Festsetzungen zum Einbau von Lüftungstechnischen Anlagen sowie zum Mindestschalldämmmaß der Außenbauteile enthalten.</p> <p>3. In Nr. 5.3.5.1 der Begründung vom 20.02.2024 sind in Absatz 3 die zusätzlichen lärmschutztechnischen Bestimmungen nach Nr. 3.2 der immissionsschutztechnischen Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Neubau Aldi Sennhofweg" vom 13.05.2024" zu ergänzen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die vorgeschlagene Anpassung der Planzeichnung wird übernommen. Die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung wird wie vorgeschlagen entsprechend angepasst.</p>

1.3.4	Landratsamt Lindau, Wasserrecht Stellungnahme vom 10.04.2024:	<p>Sonstige fachliche Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Aus wasserrechtlicher Sicht ist die Beseitigung des Niederschlagswassers aus den zu bebauenden Bereichen mit der GTL -Garten- und Tiefbaubetriebe Lindau- abzustimmen.</p> <p>Grundsätzlich ist Niederschlagswasser vorrangig möglichst oberflächlich über bewachsenen Oberboden zu versickern. Bei Neubauvorhaben ist vor Baubeginn die Erforderlichkeit einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Niederschlagswasserentsorgung, auch Versickerung, zu prüfen. Sollte das Niederschlagswasser über eine bestehende Regenwasser-Kanalisation abgeleitet werden, ist diese auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen und ggf. eine neue wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen.</p> <p>Für die Ableitung von oberflächennahem Grundwasser während der Bauphase (Bauwasserhaltung) ist ggf. ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren durchzuführen.</p> <p>Im Übrigen wird auf die fachliche Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Kempten verwiesen.</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Beseitigung des Niederschlagswassers ist mit den Garten- und Tiefbaubetrieben Lindau abgestimmt. Im vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist festgesetzt, das auf den für die Bebauung vorgesehenen Flächen anfallende Niederschlagswasser, soweit dies auf Grund der Bodenbeschaffenheit möglich ist, auf dem Grundstück über die belebte Bodenzone in den Untergrund zu versickern ist. Hierfür sind innerhalb der festgesetzten Grünflächen Versickerungsbereiche vorgesehen. Die Versickerungsmulden sind mit einem bewachsenen Bodenfilter anzulegen, landschaftsgerecht einzubinden und zu begrünen. Ein Dauerstau ist nicht zulässig.</p> <p>Vor Baubeginn wird die Erforderlichkeit einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Versickerung geprüft.</p> <p>Eine Ableitung in die bestehende Regenwasserkanalisation ist bisher nicht vorgesehen. Sollte dies aber erforderlich werden, wird deren Leistungsfähigkeit geprüft und ggf. eine neue wasserrechtliche Erlaubnis beantragt.</p> <p>Auch für die Ableitung von oberflächennahem Grundwasser während der Bauphase (Bauwasserhaltung) wird die Erforderlichkeit eines wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens geprüft.</p> <p>Der Verweis auf die fachliche Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Kempten wird zur Kenntnis genommen. Auf die entsprechende Abwägung wird verwiesen.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderung.</p>
1.3.5	Wasserwirtschaftsamt Kempten Stellungnahme vom 15.05.2024:	<p>Gegenüber dem o.g. Vorhaben (Fassung vom 20.02.2024) bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine grundsätzlichen Einwände.</p> <p>Der Geltungsbereich wurde gegenüber der erstmaligen Beteiligung (Nov. 2023) nicht verändert. Hieraus ergibt</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme, dass keine grundsätzlichen Einwände bestehen und dass die Stellungnahme vom 27.11.2023 weiterhin Gültigkeit besitzt, wird zur Kenntnis genommen.</p>

sich keine Änderung der wasserwirtschaftlichen Betroffenheit. Daher haben die Inhalte unserer bisherigen Stellungnahme vom 27.11.2023 nach wie vor Gültigkeit.

(Unsere zwei Hinweise zum Vorsorgenden Bodenschutz wurden unter Ziff. 4.8 im Plan ergänzt. Ebenso wurden unsere Hinweise zum Überflutungsschutz unter Ziff. 4.10 noch konkretisiert bzw. ergänzt. Auch der Name des nördlich verlaufenden Bachlaufs wurde in die richtige Bezeichnung "Hammerbach" korrigiert; ebenso wurde im Umweltbericht unter Ziff. 2.2.1.4 unser Hinweis zu wild abfließendem Wasser ergänzt.)

Zusätzlich ergänzen bzw. aktualisieren wir die Punkte Nr. 1. "Altlasten und Bodenschutz" und Nr. 3 "Gewässerschutz" wie folgt:

1. Altlasten und Bodenschutz

In der nachgereichten orientierenden abfalltechnischen Untersuchung des Büros Moräne GmbH vom 28.08.2023 sind u.a. die Untersuchungsergebnisse von drei Bodenmischproben dokumentiert. Bewertet wurden die Ergebnisse nach LAGA hinsichtlich ihrer abfalltechnischen Verwertungsmöglichkeiten und hinsichtlich des Wirkungspfad Boden-Mensch. Die Untersuchung auf den Wirkungspfad Pfad Boden-Wasser erfolgte im 10:1-Eluat (veraltet) an-statt im 2:1-Eluat. Die durchgeführten Eluatuntersuchungen entsprechen somit nicht den aktuellen Vorgaben des Bodenschutzrechts. Eine gutachterliche Bewertung der Untersuchungsergebnisse durch das Büro Moräne GmbH fehlt.

Aus fachlicher Sicht kann aufgrund der geringen Schadstoffkonzentrationen im Feststoff jedoch davon ausgegangen werden, dass eine Gefährdung des Grundwassers nicht zu erwarten ist. Mit der Durchführung der Baumaßnahme besteht daher Einverständnis. Allerdings

Die Einschätzung, dass aus fachlicher Sicht aufgrund der geringen Schadstoffkonzentrationen von keiner Gefährdung des Grundwassers ausgegangen werden kann, wird zur Kenntnis genommen. Dies entspricht den fachlichen Einschätzungen der Gutachter von der Moräne GmbH (orientierende abfalltechnische Untersuchung in der Fassung vom 28.08.2023). Die empfohlene gutachterliche Begleitung der Erdarbeiten wird als sinnvoll erachtet und erfolgt bei Bauumsetzung.

Die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan zeichnerisch dargestellten Versickerungsbereiche in der Planzeichnung können hinsichtlich ihrer tatsächlichen Größe abweichen. Hierfür wird auf Ebene der Baugenehmigung die zu erwartende Niederschlagsmenge ermittelt und auf dieser Grundlage die notwendige Größe der Versickerungsbereiche festgelegt. Auf Grund der Bestandsbebauung im Plangebiet kann zum jetzigen Stand davon ausgegangen werden, dass das anfallende Niederschlagswasser schadlos innerhalb des Plangebietes versickert bzw. überschüssiges Niederschlagswasser über die bestehende Regenwasserkanalisation abgeleitet werden kann. Im Zuge der Umplanung des Vorhaben- und Erschließungsplanes wurden weitere Versickerungsbereiche aufgenommen (siehe Planzeichnung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes). Bei der Ermittlung der notwendigen Größe für die Versickerungsbereiche werden die Vorgaben des DWA-Arbeitsblatts A-138 berücksichtigt.

Es erfolgt keine Planänderung.

		<p>empfehlen wir die gutachterliche Begleitung der Erdarbeiten auf der Baustelle, um möglicherweise bisher nicht erkannte Schadstoffablagerungen im Untergrund rechtzeitig erkennen zu können.</p> <p>2. Gewässerschutz</p> <p>Mit der Planung besteht grundsätzlich Einverständnis.</p> <p>Unsere Hinweise zur Niederschlagswasserversickerung wurden unter Ziff. 4.7 im Bebauungsplan ergänzt. Ebenso wurde der geplante Versickerungsbereich unter "zeichnerische Festsetzungen" Ziff. 10.2 im Bebauungsplan ergänzt. Dieser erscheint in der planlichen Darstellung jedoch sehr klein. Daher weisen wir darauf hin, dass die Bemessung der Versickerungsflächen anhand der Vorgaben des DWA-Arbeitsblatts A-138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" erfolgen muss und die Versickerungsflächen entsprechend des Bemessungsergebnisses ausreichend groß zu reservieren sind. Wir empfehlen daher, die notwendigen Flächen möglichst frühzeitig zu ermitteln und den entsprechenden Flächenbedarf rechtzeitig fest im Bebauungsplan einzuplanen.</p>	
1.3.6	<p>Bund Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Lindau</p> <p>Stellungnahme vom 15.05.2024:</p>	<p>Wir lehnen das Vorhaben im vollen Umfang ab und verweisen auf unsere Stellungnahmen vom 28.11.2023</p>	<p>Abwägung/Beschluss:</p> <p>Die Stellungnahme zur grundsätzlichen Ablehnung des Vorhabens wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt und der Vorhabenträger bedauern dies sehr und können angesichts der in der gegenständlichen Stellungnahme fehlenden Gründe zur erneuten Ablehnung keine inhaltliche und fachliche Stellung beziehen. Daher wird auf die Abwägung vom 19.02.2024 zur Stellungnahme vom 28.11.2023 verwiesen. An dieser wird festgehalten.</p> <p>Es erfolgt keine Planänderungen.</p>

1.3.7	Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG Stellungnahme vom 29.04.2024:	Die Stadtwerke Lindau teilen Ihnen mit: Strom/Wasser sind keine Versorgungsleitungen betroffen. Hochdruck Gasleitung im Baufenster berücksichtigen.	Abwägung/Beschluss: Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Versorgungsleitungen betroffen sind und die Hochdruck Gasleitung im Baufenster zu berücksichtigen ist. Bei der Bauausführung wird dafür Sorge geleistet, dass die Gasleitung nicht tangiert wird. Es erfolgt keine Planänderung.
1.3.8	terrants bw GmbH, Stuttgart Stellungnahme vom 16.04.2024:	Wir bedanken uns für die Beteiligung am Parallelverfahren des oben genannten Bebauungs- und Flächennutzungsplanes und teilen Ihnen mit, dass Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens nicht betroffen sind. Sollte der räumliche Geltungsbereich geändert werden und sonstige Auswirkungen auf die terrantsbw Anlagen nicht auszuschließen sein, bitten wir um erneute Beteiligung. Im räumlichen Geltungsbereich des gesamten Flächennutzungsplanes der Stadt Lindau liegen terrants- bw-Anlagen. Anlagen Technische Bestimmungen u. Lagepläne	Abwägung/Beschluss: Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Leitungen und Anlagen der terrants be GmbH betroffen sind und bei Änderung des räumlichen Geltungsbereiches eine erneute Abstimmung notwendig ist. Der Geltungsbereich wurde nun um den Fußgängerüberweg und der Linksabbiegerspur sowie einen Bereich des Sennhofweges aufgrund einer Optimierung der Erschließungssituation erweitert. Aus diesem Grund erfolgt im Zuge einer weiteren förmlichen Beteiligung eine erneute Abstimmung. Es erfolgt keine Planänderung.

2 Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

- 2.1 Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand in der Zeit vom 08.04.2024 bis 15.05.2024 mit der Entwurfsfassung vom 20.02.2024 statt.
- 2.2 Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

3 Planänderungen

- 3.1 Aufgrund der vorgebrachten Stellungnahmen zur förmlichen Auslegung und zur Trägerbeteiligung wurden folgende Planänderungen und -ergänzungen vorgenommen:
- Anpassung der Daten
 - Redaktionelle Änderungen der Begründung / Umweltbericht
 - Aufnahme der "Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes" in die Planzeichnung
 - Anpassung der Darstellung des Radweges in der Planzeichnung
 - Erweiterung des Geltungsbereiches und Anpassung der Flächenzuschnitte in der Planzeichnung

Der überarbeitete Entwurf der Flächennutzungsplanänderung erhält das Fassungsdatum vom 27.08.2024.

4 Anlagen

- 4.1 Technische Bestimmungen u. Lagepläne zur Stellungnahme vom 16.04.2024, terranets bw GmbH, Stuttgart

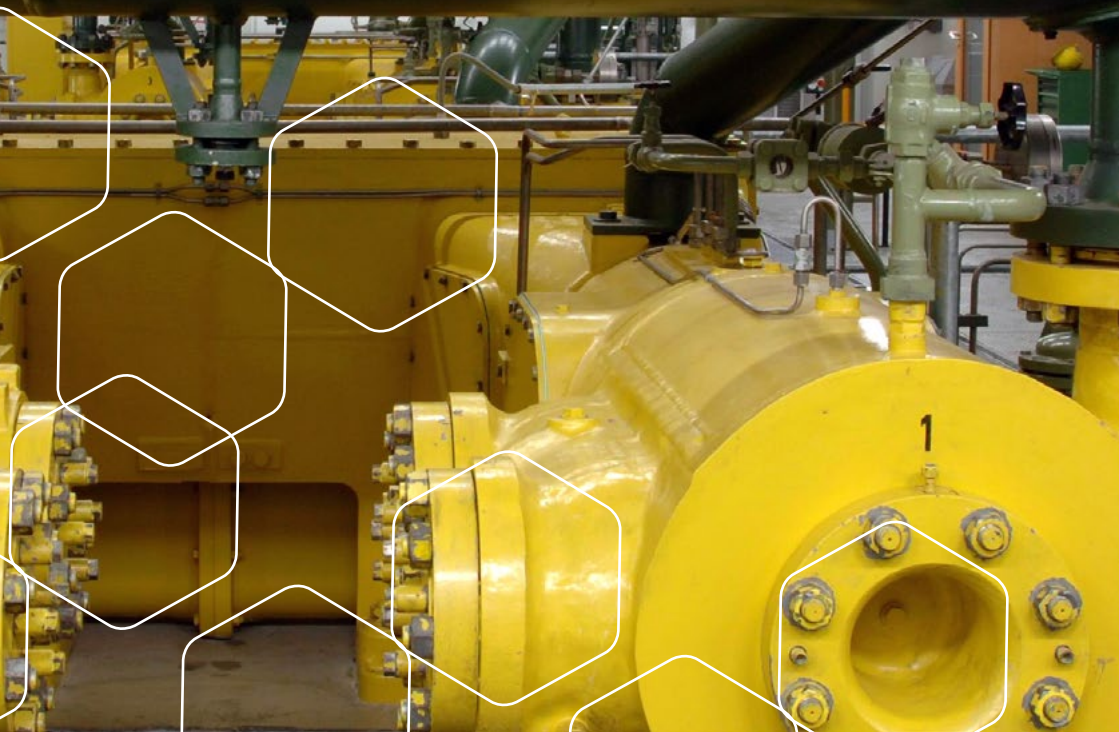


GASTRANSPORT TELEKOMMUNIKATION DIENSTLEISTUNGEN

TECHNISCHE BESTIMMUNGEN

Technische Planungs- und Ausführungsvorgaben
der terranets bw GmbH

Stand: August 2022



Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	3
2. Schutzstreifen und Überdeckung	4
3. Erkundigungs- und Sicherungspflicht	6
4. Anzeige von Baumaßnahmen	7
5. Planungsvorgaben für Baumaßnahmen	8
6. Vor Beginn der Baumaßnahmen	14
7. Regeln zur Ausführung von Baumaßnahmen im Schutzstreifen	16
8. Kreuzungen und Parallelführungen	19
9. Kathodischer Korrosionsschutz	21
10. Abnahme und Verfüllung des Rohrgrabens	22
11. Sicherung gegen Bergbaueinwirkung	23
12. Schadensfälle	24
13. Schlussbestimmungen	25
14. Empfangs- und Kenntnisnahme-Bestätigung	25
Anhang	
Empfangsbescheinigung und Verpflichtungserklärung	

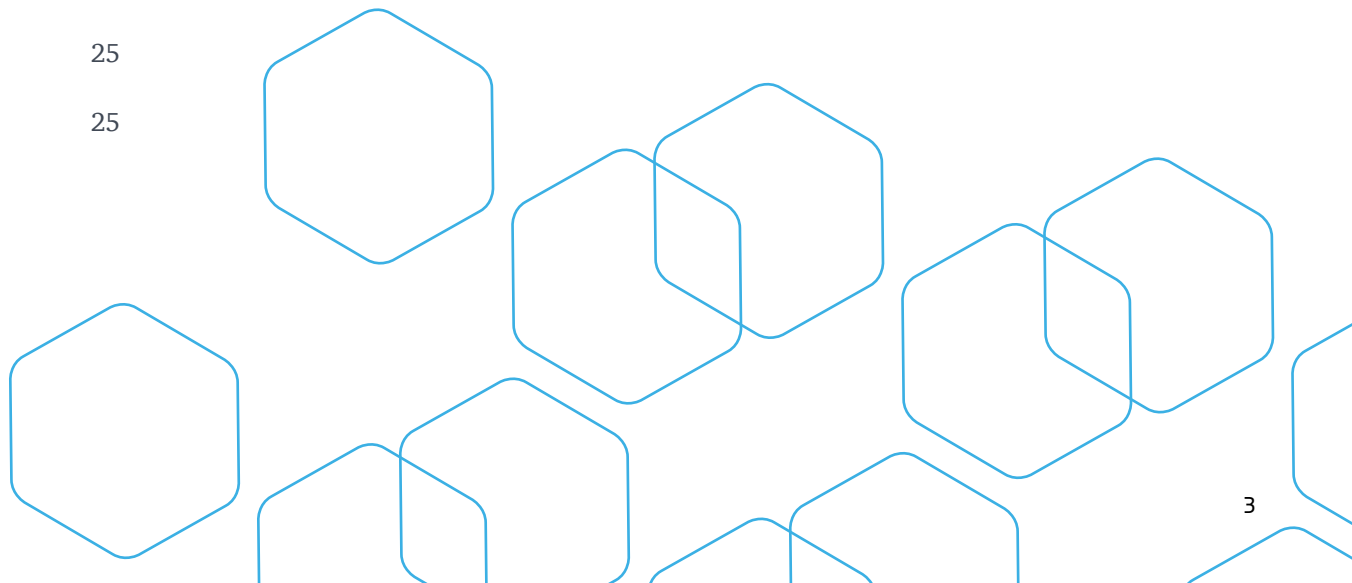
1. ALLGEMEINES

Die terranets bw ist ein unabhängiger Transportnetzbetreiber für Gas. Mit ihrem rund 2.700 km langen Leitungsnetz stellt die terranets bw den diskriminierungsfreien Gastransport von Niedersachsen bis an den Bodensee sicher. Darüber hinaus betreibt das Unternehmen eine umfassende Telekommunikationsinfrastruktur.

In dieser Funktion ist terranets bw Träger öffentlicher Belange im Sinne von § 4 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB). Die Gewährleistung von Gesundheitsschutz, Arbeitsschutz, Sicherheit und Umweltschutz sind zentrale Gegenstände unserer Unternehmenskultur. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist terranets bw bei Vorhaben, die potenziell Auswirkungen auf Anlagen von terranets bw haben, zu beteiligen.

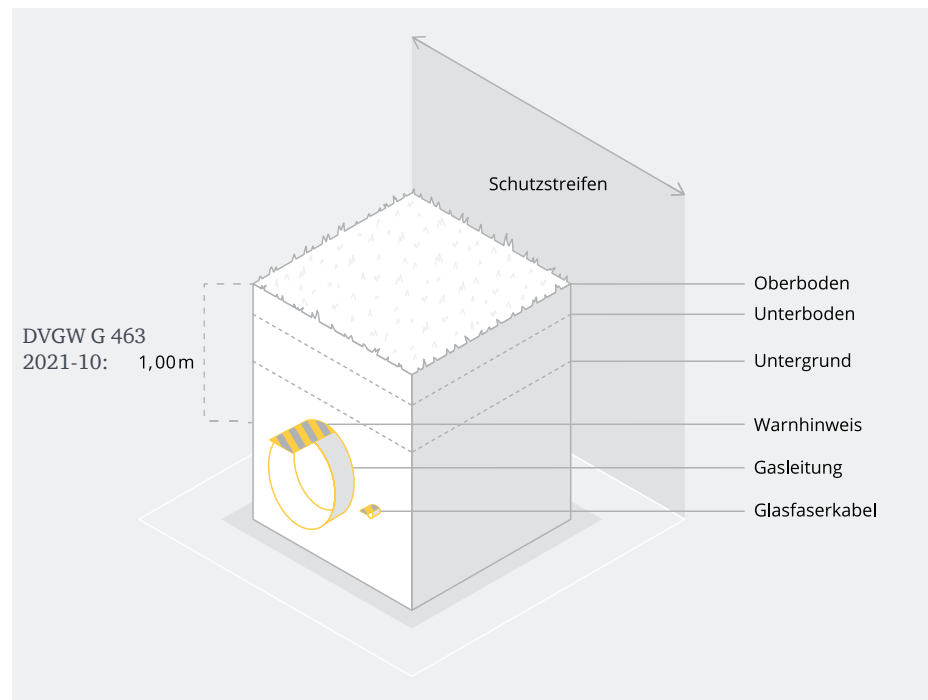
Die der öffentlichen Gasversorgung dienenden Gashochdruckleitungen von terranets bw und die parallel dazu verlegten Telekommunikationskabel (TK-Linien) werden im Folgenden als Anlagen der terranets bw bezeichnet und sind grundsätzlich in einem Schutzstreifen verlegt.

Dieses Dokument regelt, welche technischen Bedingungen im Zusammenhang mit Anlagen der terranets bw GmbH zu deren Schutz einzuhalten sind.



2. SCHUTZSTREIFEN UND ÜBERDECKUNG

Die Schutzstreifen zur Sicherung des Nahbereiches der Anlagen der terranets bw sind in der Regel durch die Eintragung von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten (§§ 1090 ff. BGB) dinglich oder durch Gestattungsverträge abgesichert.



Innerhalb der Schutzstreifen ist terranets bw als Anlagenbetreiber verpflichtet, Einwirkungen, die den Bestand oder Betrieb der Anlagen beeinträchtigen können, auszuschließen.

Daher bedarf jegliche Inanspruchnahme oder Nutzungsänderung des Schutzstreifens der vorherigen schriftlichen Gestattung durch terranets bw.

Die jeweilige Schutzstreifenbreite ist unserer Stellungnahme zum entsprechenden Bauvorhaben zu entnehmen.

In der Regel kommen die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Maße in Abhängigkeit von der Art der verlegten Leitung und ihren Eigenschaften (Durchmesser, Druckstufe, etc.) in Frage.

Gashochdruckleitungen	5-15 m
Telekommunikationsleitungen in Solotrassen	2 m
Anodenanlagen und sonstige Anlagen des kathodischen Korrosionsschutzes	1-4 m

Die Erdüberdeckung der Anlagen von terranets bw geht bei der Verlegung aus den anerkannten Regeln der Technik hervor. Bei **Bestandsanlagen** kann sie jedoch aus planungs- und bautechnischen Gründen **abschnittsweise über- oder unterschritten werden**. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Geltung vorheriger Fassungen des DVGW-Arbeitsblatts G 463 am jeweiligen Leitungsabschnitt.

Vor allem im Bereich landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzter Flächen oder in Bereichen zwischenzeitlich vorgenommener Niveauänderungen sind Varianzen zu berücksichtigen.

Weitere Auskünfte und die anzunehmende Erdüberdeckung im Einzelfall sind demzufolge bei den in der Stellungnahme zum Bauvorhaben beziehungsweise im Genehmigungsverfahren benannten Stellen einzuholen.

3. ERKUNDIGUNGS- UND SICHERUNGSPFLICHT

Baumaßnahmen und Eingriffe mit potenziellen Auswirkungen auf die Anlagen von terranets bw erfordern wegen der zu gewährleistenden öffentlichen Sicherheit und Energieversorgung eine erhöhte Sorgfaltspflicht. Gemäß des DVGW-Arbeitsblatts GW 315 und der Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 38 besteht daher eine Erkundigungs- und Sicherungspflicht für alle bauausführenden Unternehmen.

Grundsätzlich muss in allen öffentlichen, privaten und land- sowie forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken mit dem Vorhandensein von Versorgungsleitungen gerechnet werden. Im Hinblick auf die Erkundigungs- und Sicherungspflicht des Bauausführenden ist demnach bereits in der Planungsphase eine aktuelle Auskunft über die Lage und Tiefe der im Bereich der vorgesehenen Tätigkeiten vorhandenen Versorgungsanlage bei dem zuständigen Betreiber einzuholen.

Verstöße gegen die Erkundigungs- und Sorgfaltspflicht lösen im Schadensfall regelmäßig eine Schadensersatzpflicht aus und können darüber hinaus auch mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden sein. Unabhängig davon, wen der Bauherr mit Planung und/oder Durchführung seines Vorhabens beauftragt und unabhängig davon, ob diese Beauftragten wiederum Subunternehmen beauftragen, haftet der Bauherr gegenüber terranets bw für alle Schäden, die seine Auftragnehmer an den Anlagen von terranets bw verursachen. Eine Exkulpation nach § 831 Absatz 1 Satz 2 BGB ist ausgeschlossen.

Eine Baufreigabe durch terranets bw kann erst nach der Unterzeichnung der schriftlichen Gestattung durch den Bauherrn erfolgen.

4. ANZEIGE VON BAUMAßNAHMEN

Zur Verhinderung von Beeinträchtigungen oder Gefährdungen der Anlagen von terranets bw ist es notwendig, Baumaßnahmen mit uns abzustimmen. Zu diesem Zweck steht den Bauherren und deren Beauftragten das Online-Portal BIL zur Verfügung: <https://portal.bil-leitungsauskunft.de/>

Über diese Plattform sind Vorhaben schriftlich anzuzeigen und die zur Bearbeitung notwendigen Planungsunterlagen einzureichen. Die Unterlagen werden benötigt, um unsere Stellungnahme bzgl. des entsprechenden Vorhabens abzustimmen. Ein angemessener Zeitvorlauf von **mindestens 10 Arbeitstagen** dient der Sicherstellung beiderseitiger Interessen im Stadium der Planung. Die rechtzeitige Kontaktaufnahme ermöglicht die Aufnahme unserer Auflagen, Bedingungen und Hinweise für Bauherren in die Planungen und deren Umsetzung während der Bauausführung.

Mit der Beantwortung Ihrer Anfrage erhalten Sie eine unverbindliche Stellungnahme von terranets bw einschließlich der zugehörigen Unterlagen. Nachfolgend aufgeführte Unterlagen sind für eine konkrete Stellungnahme erforderlich:

Bauzeichnungen

in einem solchen Maßstab und mit so vielen Schnitten, dass daraus das beabsichtigte Bauvorhaben ersichtlich ist. Die Anlagen von terranets bw müssen in den entsprechenden Plänen übernommen werden.

Lageplan mit Gemarkungs-, Flur- und Flurstücksgrenzen

Übersichtsplan Maßstab 1:25 000 / 10 000 Nordpfeil und Maßstab

Kurzgefasste Bau- und Betriebsbeschreibung

mit besonderer Berücksichtigung der zum Schutz der Anlagen von terranets bw vorgesehenen Maßnahmen

Vorhaben, welche öffentlich-rechtliche Verfahren durchlaufen, erfordern eine komplette Planungsmappe. Diese ist terranets bw zuzusenden, um die Umsetzung zu ermöglichen.

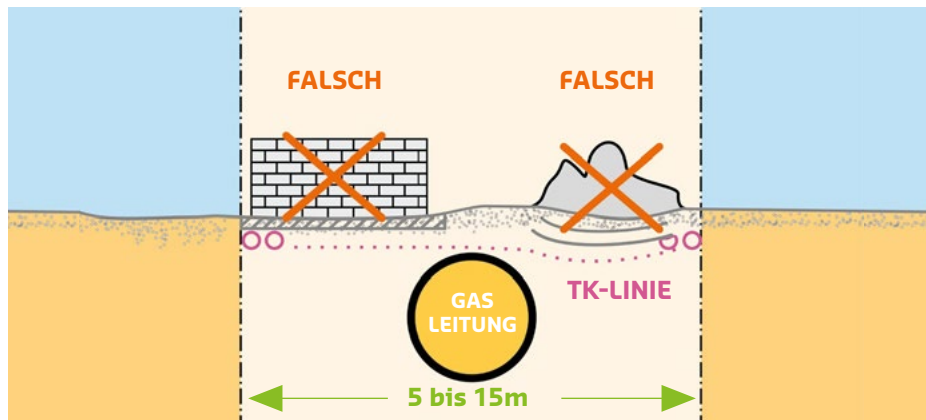
5. PLANUNGSVORGABEN FÜR BAUMAßNAHMEN

Als Anlagenbetreiber ist terranets bw verpflichtet, die Leitungen und Schutzstreifen jährlich zu begehen und monatlich zu befliegen. Aus diesem Grund muss der Trassenverlauf sichtbar und begehbar bleiben. Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Energieversorgung kann zudem den Einsatz technischer Ausrüstung und von Baugeräten erfordern, weshalb auch der Lichtraum des Schutzstreifens freizuhalten ist.

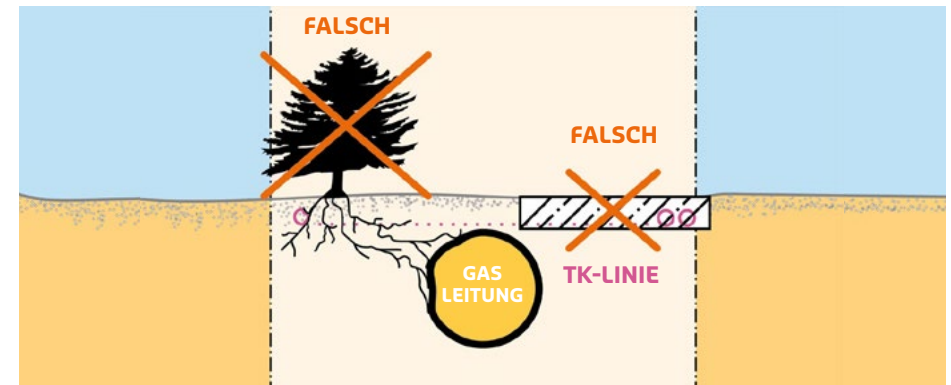
Die geltenden Regeln der Technik sind einzuhalten. Das betrifft insbesondere die Arbeitsblätter gemäß DVGW-Regelwerk sowie die VDE-Bestimmungen und die AfK-Empfehlungen.

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen sind die Abstände zwischen der Windenergieanlage und den Anlagen von terranets bw gemäß des Gutachtens „Windenergieanlagen in Nähe von Schutzobjekten – Bestimmung von Mindestabständen“ der Dr.-Ing. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Die Errichtung von Gattern, Zäunen und ähnlichen Einrichtungen darf nur nach Abstimmung mit dem hierfür zuständigen Personal von terranets bw oder deren Beauftragte erfolgen, um eine Zugänglichkeit der Anlagen zu gewährleisten.



In begründeten Ausnahmefällen kann eine Bepflanzung des Schutzstreifens erfolgen. Zur Verhinderung einer gegenseitigen Beeinflussung von Bepflanzung und den Anlagen von terranets bw ist jedoch ein lichter Mindestabstand von 2,5 m einzuhalten. Unter diesen Bedingungen sind zudem Vorkehrungen entsprechend des DVGW- Arbeitsblatts GW 125 zu treffen, um eine spätere Beschädigung der Leitungsumhüllung durch das Wurzelwerk wirksam zu verhindern.



Eine Umsetzung der geltenden Regeln der Technik schließt folglich die nachfolgenden Tätigkeiten oder Bauwerke im Bereich des Schutzstreifens von Anlagen der terranets bw aus:

Errichtung von Gebäuden oder baulichen Anlagen (auch Anbauten oder Aufbauten)
Den Lichtraum begrenzende Dachvorsprünge, Balkone o. Ä.
Anpflanzung von Bäumen oder tiefwurzelnden Sträuchern
Errichtung von Mauern oder Zäunen auf durchgehenden Streifenfundamenten
Errichtung von Schachtbauwerken (Kanal-, Kabel-, Kontrollschächte, o. Ä.)
Errichtung von Dauerstellplätzen (z. B. für Container, Campingwagen, o. Ä.)
Ableitung von Abwässern oder Regenwasser (in den Bereich des Schutzstreifens)
Lagerung schwer zu transportierender Materialien (Silage, Kies, o. Ä.)

Die nachfolgenden Tätigkeiten haben Einfluss auf die Anlagen von terranets bw. Zu deren ordnungsgemäßer Durchführung dürfen diese nur nach Gestattung und in Anwesenheit des zuständigen Personals erfolgen:

Grabenlose Leitungsverlegung
Ramm- und Pfahlgründungsarbeiten
Sprengungen
Sonstige Arbeiten unter Einwirkung dynamischer Lasten und Schwingungen

Eine Umsetzung derartiger Arbeiten kann im beiderseitigen Interesse die Vor-
nahme eventuell erforderlicher Sicherungsmaßnahmen erfordern.

Dabei kann die Erstellung einer Beeinflussungsberechnung durch einen Sachverständigen zu Kosten des Verursachers im Vorfeld der Planung notwendig werden.

Bei Rammarbeiten in Leitungsnähe (Baugrunderkundung, Rammen von Kanal- / Spunddielen, Rammen von Pfählen, etc.) ist vom Planungsbüro im Rahmen der Planauskunft zu überprüfen, ob der geforderte Mindestabstand von 20 m zwischen Rammobjekt und Rohrleitung eingehalten wird.

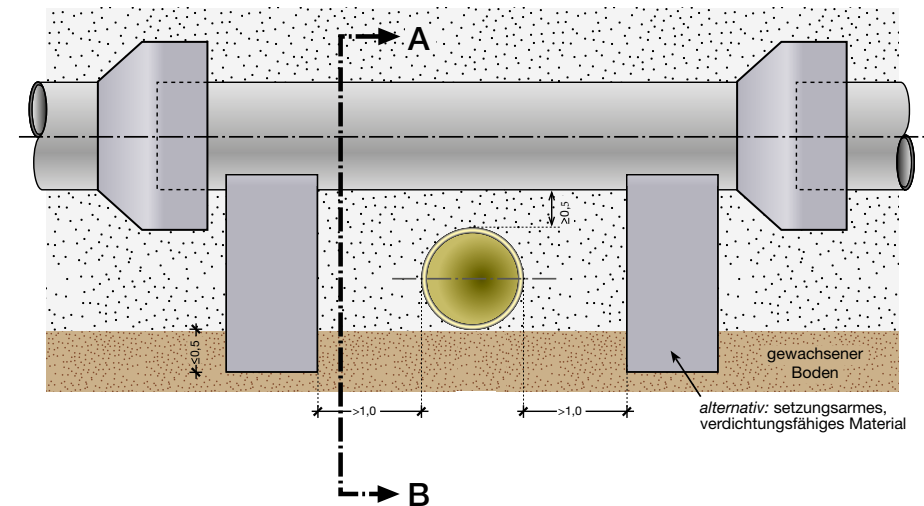
In Abhängigkeit von der Leitungsüberdeckung können Vibrationsplatten zur Bodenverdichtung eingesetzt werden, deren Erregerkraft so zu bemessen ist, dass schädliche Einwirkungen auf die Anlagen von terranets bw ausgeschlossen werden können.

Bei Maßnahmen, bei denen Erschütterungseinwirkungen auf die Gashochdruckanlagen nicht ausgeschlossen werden können, sind diese durch Schwingungsmessung zu überwachen.

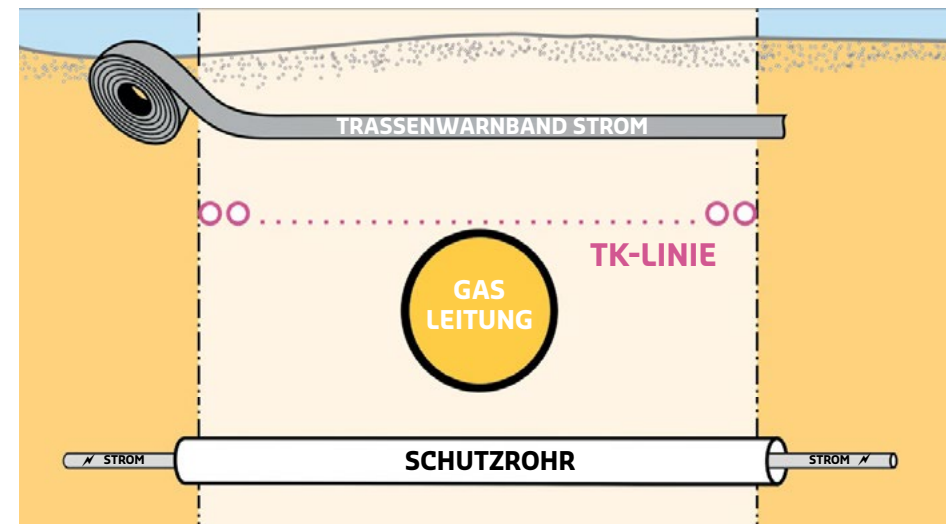
Die zulässige Schwinggeschwindigkeit ist der Stellungnahme der terranets bw zu der entsprechenden Maßnahme zu entnehmen.

Die Unbedenklichkeit solcher Maßnahmen ist durch einen Sachverständigen in Abstimmung mit terranets bw schriftlich zu bestätigen.

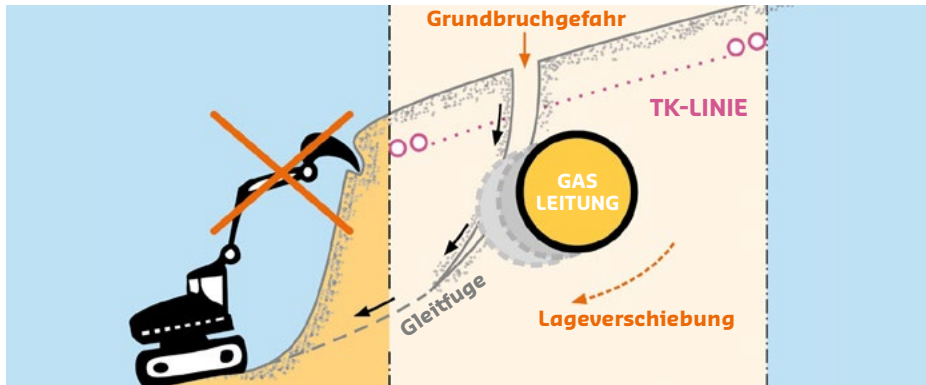
Bei der Planung von Kanalkreuzungen ist Typenplan T 2.20 „Kanalkreuzungen“ zu beachten:



Neue Kabelquerungen sind über die gesamte Schutzstreifenbreite zwingend in Kabelschutzrohren zu verlegen.



Bei der Planung von Maßnahmen in Hanglagen oder bei der Planung von Baugruben in deren Einflussbereich ist die Standsicherheit der Böschung nachzuweisen.



Jegliche Inanspruchnahme oder Nutzungsänderung des Schutzstreifens bedarf der vorherigen schriftlichen Gestattung durch terranets bw.

terranets bw oder dessen Beauftragte weisen den Verlauf der Anlagen vor Ort aus und überwachen die Baustelle. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die an der Geländeoberfläche befindlichen Leitungseinrichtungen nicht unbedingt den exakten Verlauf der Anlagen der terranets bw wiedergeben.

Vor Baubeginn muss eine Einweisung der beauftragten Firmen in die Anlagen von terranets bw (Baueröffnungsbesprechung) erfolgen. Alle Arbeiten im Schutzstreifen unserer Anlagen werden durch das zuständige Betriebspersonal der terranets bw GmbH oder ihres Beauftragten überwacht.

Bei Baubeginn müssen die gültigen Bestandspläne, die Stellungnahme zur Planungs-/Bauanfrage sowie alle zur Verfügung gestellten Unterlagen auf der Baustelle vorliegen und nachweislich bekannt sein.

Arbeiten im Schutzstreifenbereich sind nur in Absprache und in Anwesenheit von Betriebspersonal von terranets bw oder deren Beauftragte zulässig. Deren Anweisungen zum Schutz der Anlagen der terranets bw sind zu befolgen. Das gilt insbesondere, wenn der Bauherr oder seine Beauftragten Baumaschinen einsetzen möchten.

Bei Abweichungen von der Bauplanung oder bei einer Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Erkundung bei allen Beteiligten erfolgen. Weitere Auskünfte sind bei den in der Stellungnahme bzw. im Genehmigungsverfahren benannten Stellen einzuholen.

Die von terranets bw oder deren Beauftragten festgelegten Vorgaben sind aus Sicherheitsgründen unbedingt einzuhalten.

Bauarbeiten im Bereich von Anlagen von terranets bw dürfen nur unter kontinuierlicher fachkundiger Aufsicht durchgeführt werden. Diese Aufsicht muss vom Bauausführenden organisiert, gewährleistet und namentlich benannt werden. Die notwendige Fachkunde wird durch den Nachweis z. B. eines Lehrganges nach DVGW Hinweis GW 129 „Sicherheit bei Bauarbeiten im Bereich von Versorgungsleitungen – Schulungsplan für Ausführende, Aufsichtsführende und Planer“ oder einer Zertifizierung nach DVGW GW 381 „Bauunternehmen im Leitungstiefbau – Mindestanforderungen“ erbracht. Die Nachweise hierfür sind terranets bw oder dessen Beauftragten vor der Arbeitsaufnahme vorzulegen.

Sofern im Rahmen einer Baumaßnahme durch oder im Auftrag von terranets bw Sicherungs- oder Schutzmaßnahmen an unseren Anlagen durchgeführt werden müssen, ist terranets bw und/oder deren Beauftragte rechtzeitig durch die auf der Baustelle Verantwortlichen in die Baustellenorganisation bezüglich Sicherheit und Gesundheitsschutz einzuweisen.

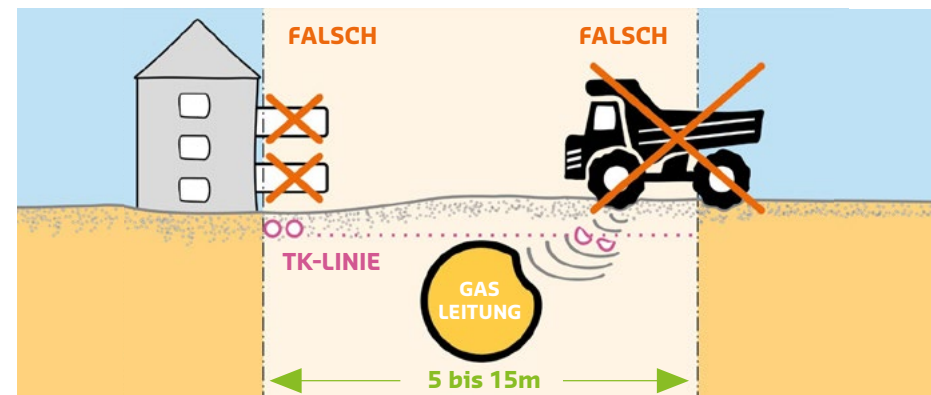
7. REGELN ZUR AUSFÜHRUNG VON BAUMAßNAHMEN IM SCHUTZSTREIFEN

Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit ist die Gewährleistung der freien Zugänglichkeit zu den Anlagen von terranets bw für Wartungs- und Kontrollzwecke jederzeit erforderlich.

Das Lagern von Material, Gerät, Baucontainern und Erdaushub innerhalb des Schutzstreifens ist grundsätzlich nicht gestattet. Niveauänderungen im Bereich des Schutzstreifens der Anlagen von terranets bw dürfen nur in Abstimmung mit terranets bw vorgenommen werden.

Das Befahren des Schutzstreifens mit schweren Bau- oder Kettenfahrzeugen ist nur nach vorheriger Einweisung unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen, die mit terranets bw abzustimmen sind, zulässig.

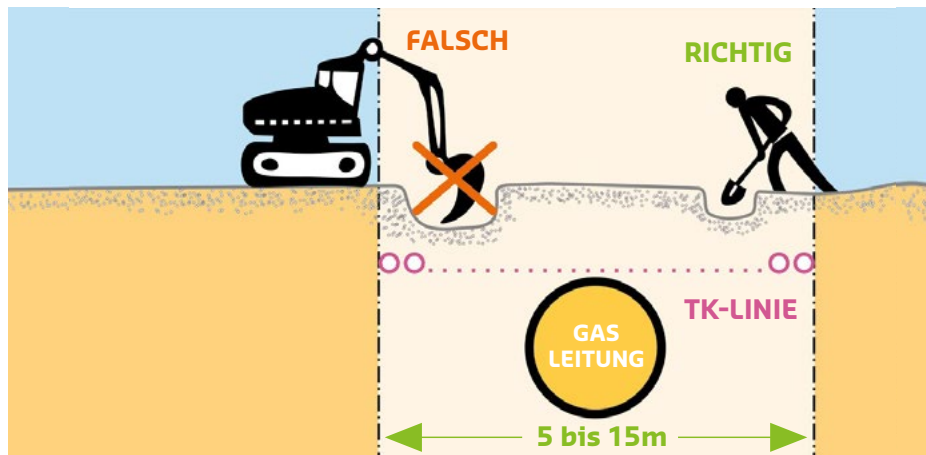
Das Überfahren der Anlagen von terranets bw mit Baufahrzeugen bei unbefestigter Oberfläche wird nur in Querrichtung (rechtwinklig zur Leitungsachse) und nur nach erfolgten druckverteilenden Maßnahmen (Auslegen von Baggermatratzen o. Ä.) erlaubt. **Überfahren in Längsrichtung sind grundsätzlich zu vermeiden.**



Die Anlagen von terranets bw dürfen nur nach vorheriger Absprache mit terranets bw, durch Handschachtung freigelegt und wieder verfüllt werden. Freiliegende Anlagen von terranets bw sind so zu sichern, dass Lageveränderungen und mechanische Beschädigungen verhindert werden.

Sollen die Anlagen nicht komplett freigelegt und gesichert werden, darf die vorgefundene Erdüberdeckung nicht vermindert werden, um Beschädigungen bei der Wiederverfüllung auszuschließen.

Die Anlagen der terranets bw sind im Bedarfsfall maximal auf einer Länge von 3 m freizulegen, andernfalls ist diese sachgemäß abzufangen bzw. zu unterstützen. Das Kabel ist alle 2 m abzufangen.



Der Einsatz von Baumaschinen ist nur nach vorheriger Einweisung oder unter Aufsicht von terranets bw zulässig.

Vor dem Einsatz von Maschinen muss die exakte Lage von Leitungen und Betriebskabeln durch Suchschlitze festgestellt werden. Das Abschieben der Erdmassen soll grundsätzlich in Leitungsrichtung erfolgen.

Grabenfräsen oder Kabelpflüge dürfen im Schutzstreifen nicht eingesetzt werden. **Spitze und scharfe Werkzeuge** sind im Bereich der Anlagen von terranets bw nur mit größter Vorsicht einzusetzen.

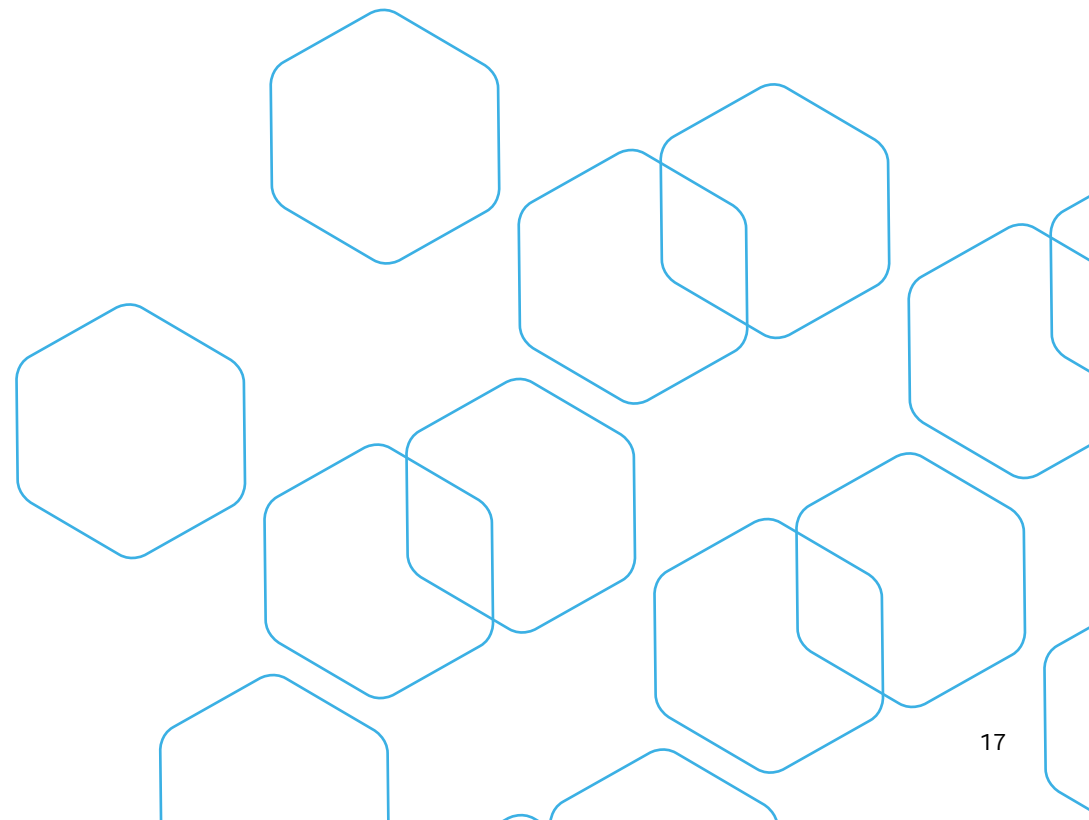
Armaturen und Anlagenteile, die bis an die Erdoberfläche ragen, sind bei Bautätigkeiten mit Einfluss auf die Anlagen zu schützen und durch Absperrung zu sichern.

Markierungen, Schilderpfähle und Festpunktzeichen dürfen ohne Zustimmung von terranets bw nicht entfernt oder versetzt werden. terranets bw behält sich vor, nach Beendigung der Arbeiten das Einmessen und Wiedereinsetzen der Zeichen auf Kosten des Bauherrn vorzunehmen.

In der Örtlichkeit angezeigte Punkte hat der Bauherr bzw. Auftragnehmer auf eigene Verantwortung zu übernehmen und zu sichern.

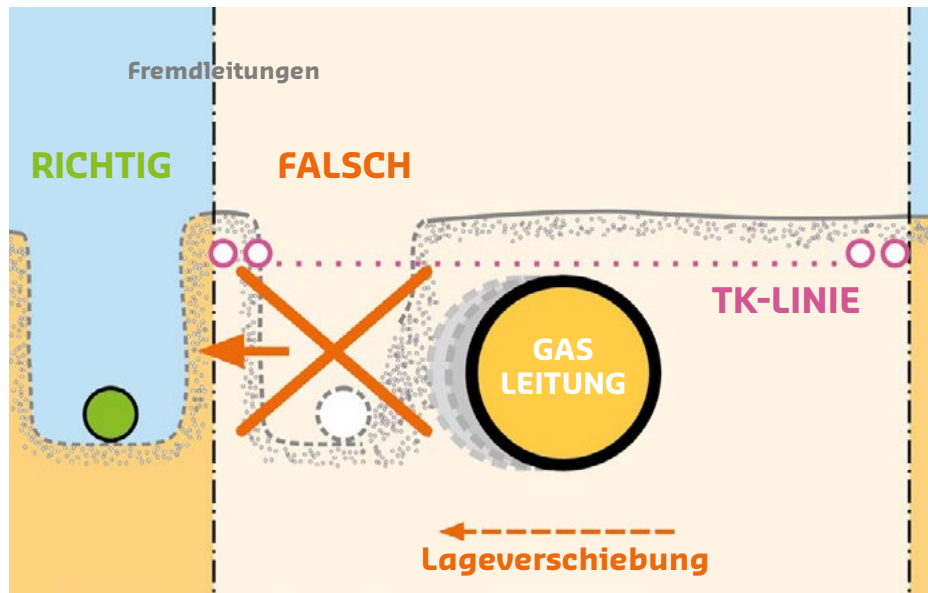
Das Ableiten von Regenwasser oder Abwässern in den Schutzstreifen ist untersagt.

Das Entfernen oder Freilegen von Fundamenten an Anlagen von terranets bw ist ebenfalls untersagt.



8. KREUZUNGEN UND PARALLELFÜHRUNGEN

Parallel verlaufende Anlagen sind grundsätzlich außerhalb des Schutzstreifens zu verlegen.



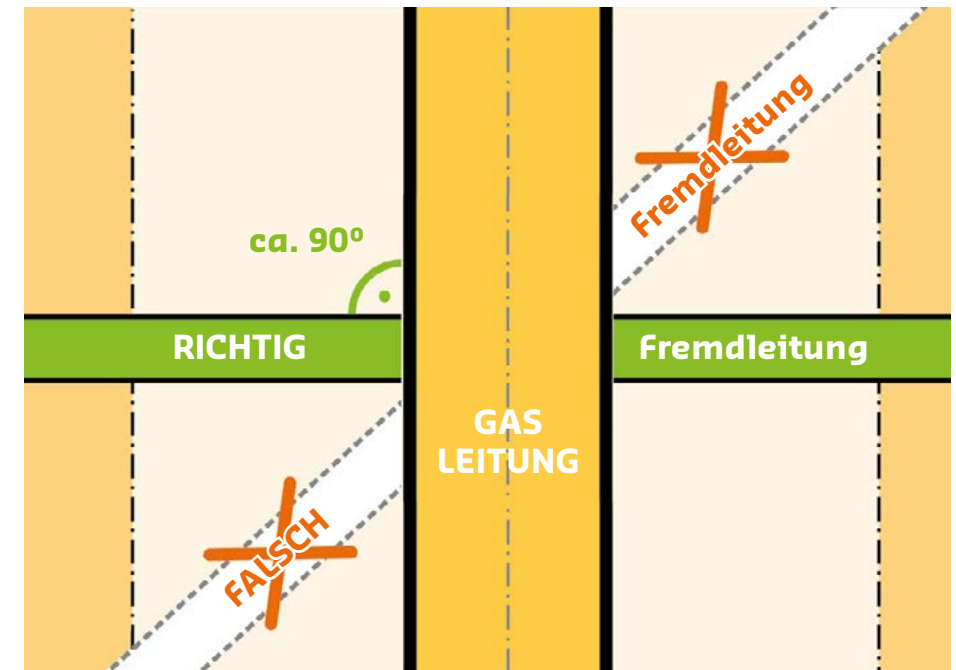
Ist in Sonderfällen eine Inanspruchnahme des Schutzstreifens nicht zu umgehen, bedarf es unbedingt der vorherigen technischen Abstimmung.

Im Parallelverlauf müssen die Baugruben so angelegt und wieder verfüllt werden, dass keine nennenswerten Bewegungen im Erdreich auftreten. In Sonderfällen behält sich terranets bw vor, die Leitung während der Baumaßnahme auf Lageveränderungen zu kontrollieren.

Kreuzungen der Anlagen von terranets bw mit Fremdleitungen sind nach Möglichkeit im rechten Winkel, das heißt auf kürzestem Weg, auszuführen.

Die Kreuzung hat grundsätzlich in offener Bauweise zu erfolgen.

Der lichte Abstand zu den Anlagen von terranets bw muss unter allen Umständen 0,50 m betragen.



Kreuzende Leitungen haben die Anlagen von terranets bw in der Regel zu unterfahren.

9. KATHODISCHER KORROSIONSSCHUTZ

Die Leitungen von terranets bw sind kathodisch geschützt.

Zur Verringerung von Beeinflussungen aus Hochspannungsanlagen sind die Anlagen von terranets bw zum Teil mit Erdungsanlagen ausgerüstet. Die Erdungsanlagen sind in der Regel als Bandeisen und/oder Tiefenerder ausgeführt.

Das Vorhandensein von Hochspannungsleitungen mit Einfluss auf die Anlagen von terranets bw erfordert die Berücksichtigung der Schutzanweisungen des Betreibers der Hochspannungsleitung.

Das Verhindern von Berührungsspannungen ist durch geeignete Isolationsmaßnahmen zu gewährleisten.

Bei zu den Anlagen von terranets bw hinzutretenden Leitungen und Einrichtungen ist jeweils zu prüfen, ob eine Potenzialmessstelle einzurichten ist.

10. ABNAHME UND VERFÜLLUNG DES ROHRGRABENS

Die zu den Anlagen von terranets bw hinzugetretenen Fremdanlagen müssen lage- und höhenmäßig eingemessen werden. Der Bauherr ist verpflichtet, terranets bw die Einmessung zu ermöglichen. Die terminliche Koordination erfolgt durch das zuständige Betriebspersonal von terranets bw oder dessen Beauftragte.

Unmittelbar vor dem Verfüllen der Baugrube ist vom Bauherrn oder seinem Beauftragten eine Abnahme durch das Betriebspersonal von terranets bw oder dessen Beauftragte einzuholen, auch wenn Anlagen von terranets bw nicht sichtbar freigelegt wurden. Befolgt er dies nicht, behält sich terranets bw das Recht vor, die Baugrube auch dann auf Kosten des Bauherrn oder seines Beauftragten öffnen zu lassen, wenn keine Beschädigungen an der Leitung, dem Fernmeldekabel oder sonstigen Anlagen festgestellt werden.

Werden Beschädigungen festgestellt, legen das Betriebspersonal von terranets bw oder dessen Beauftragte die erforderlichen Maßnahmen fest und erstellen ein Schadensprotokoll. Dieses ist durch den Bauherrn oder durch den Beauftragten des Bauherrn als Basis für die Erfüllung der Regressansprüche von terranets bw zu unterzeichnen.

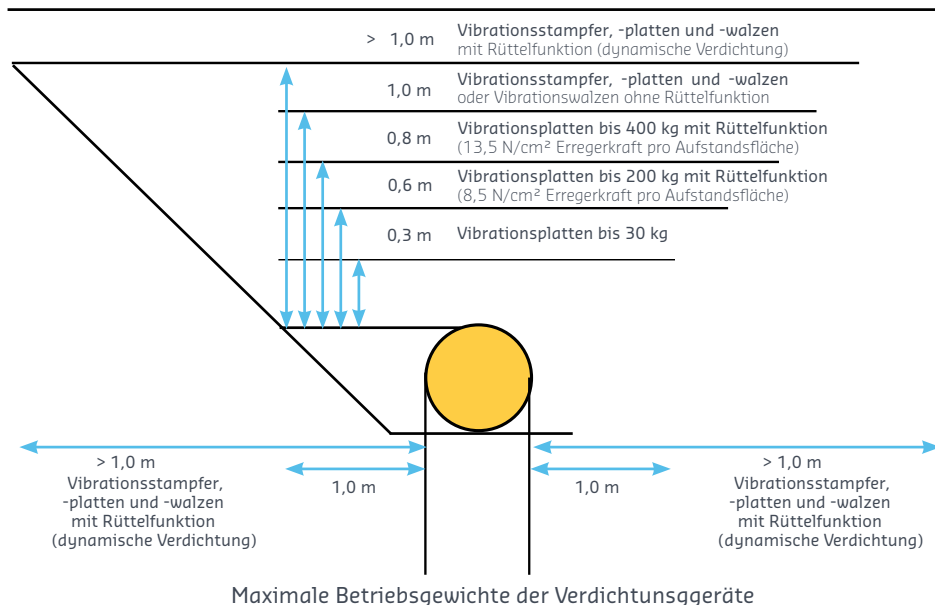
Bei der Verfüllung des Rohr-/Kabelgrabens müssen die Anlagen von terranets bw in einer Schichtdicke von mindestens 20 cm allseitig mit Bodenmaterial umgeben sein, dessen Korngrößenzusammensetzung im Hinblick auf die mechanische Widerstandsfähigkeit der Rohre und Kabel sowie deren Umhüllung zur Einbettung geeignet ist. Können diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden, sind besondere Maßnahmen zu treffen.

Zur weiteren Verfüllung darf kein schwer zu entfernendes oder steinhaltiges Material, Bauschutt oder Recyclingmaterial verwendet werden.

Die Weiterverdichtung hat lagenweise zu erfolgen.

Die Verdichtungsarbeiten dürfen nur dann maschinell (im Gegensatz zu handgeführten) erfolgen, wenn über der Leitung eine Erdüberdeckung von mindestens 0,3 m eingebracht worden ist.

Beim Verfüllen des Rohr-/Kabelgrabens in Verkehrsflächen sind die gültigen „Zusätzlichen Technischen Vorschriften und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen“ zu beachten.



11. SICHERUNG GEGEN BERGBAUEINWIRKUNG

Zur Sicherung gegen Bergbaueinwirkungen sind in Bergsenkungsgebieten Erdarbeiten nur in Abstimmung mit terranets bw und einem Sachverständigen für Bergbaurecht zulässig. In derartigen Fällen kann die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen (Gegendruckanlagen bei Bögen u. a.) erforderlich sein.

12. SCHADENSFÄLLE

Sollten während der Arbeiten im Bereich der Anlagen der terranets bw Beschädigungen auftreten, ist **unverzüglich die ständig besetzte terranets bw Dispatchingzentrale zu benachrichtigen**:

Netzgebiet Hessen: +49 711 7812 1200

Netzgebiet Baden-Württemberg: +49 711 7812 1220

Die Schadensstelle ist vor dem Betreten durch Unbefugte zu schützen. Die Arbeiten sind in dem betroffenen Bereich unverzüglich einzustellen, der Bereich ist weiträumig abzusperren und bis zum Eintreffen unserer Beauftragten zu beaufsichtigen. Die Schadensstelle darf nur in Absprache mit terranets bw verlassen werden.

Wird eine Rohrleitung der terranets bw so beschädigt, dass Gas austritt, sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

Funkenbildung ist unbedingt zu vermeiden (Es besteht Zünd- und Explosionsgefahr)

Angrenzende Gebäude auf Gaseintritt prüfen
(Falls Gas eingetreten ist, Türen und Fenster öffnen)

Bedienung elektrischer Anlagen unterlassen

Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen
(Gefahrenbereich räumen und weiträumig absperren)

Unverzüglich die terranets bw-Dispatchingzentrale benachrichtigen
(Telefonnummern: siehe Leitungsnetzkarten auf den Seiten 25 & 26)

Polizei und Feuerwehr benachrichtigen

Weitere Maßnahmen sind mit terranets bw sowie Polizei und/oder Feuerwehr abzustimmen.

13. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Die ausführenden Unternehmen bzw. Personen sind bei Erdarbeiten verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt anzuwenden, insbesondere Beauftragte und Gehilfen genauestens an- und einzuweisen, um der stets bestehenden Gefahr einer Beschädigung von Rohr und Kabeln zu begegnen.

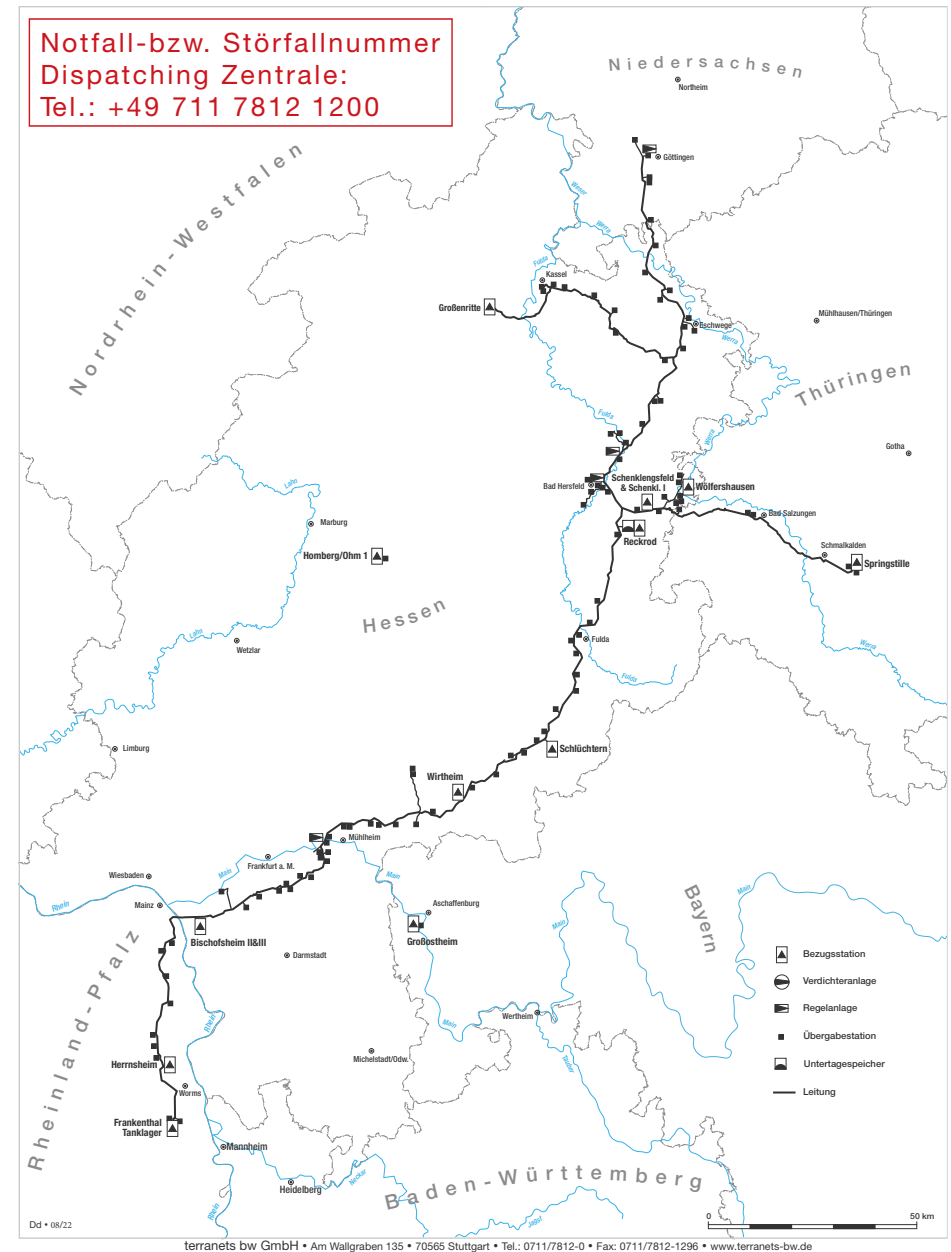
Unbeschadet dieses Dokuments haben die ausführenden Unternehmen bzw. Personen jede Verletzung von Rechten von terranets bw im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit zu unterlassen. Werden diese Rechte dennoch verletzt, sind besagte Unternehmen bzw. Personen terranets bw zum Schadenersatz verpflichtet und haben unter Umständen auch mit Ansprüchen Dritter zu rechnen.

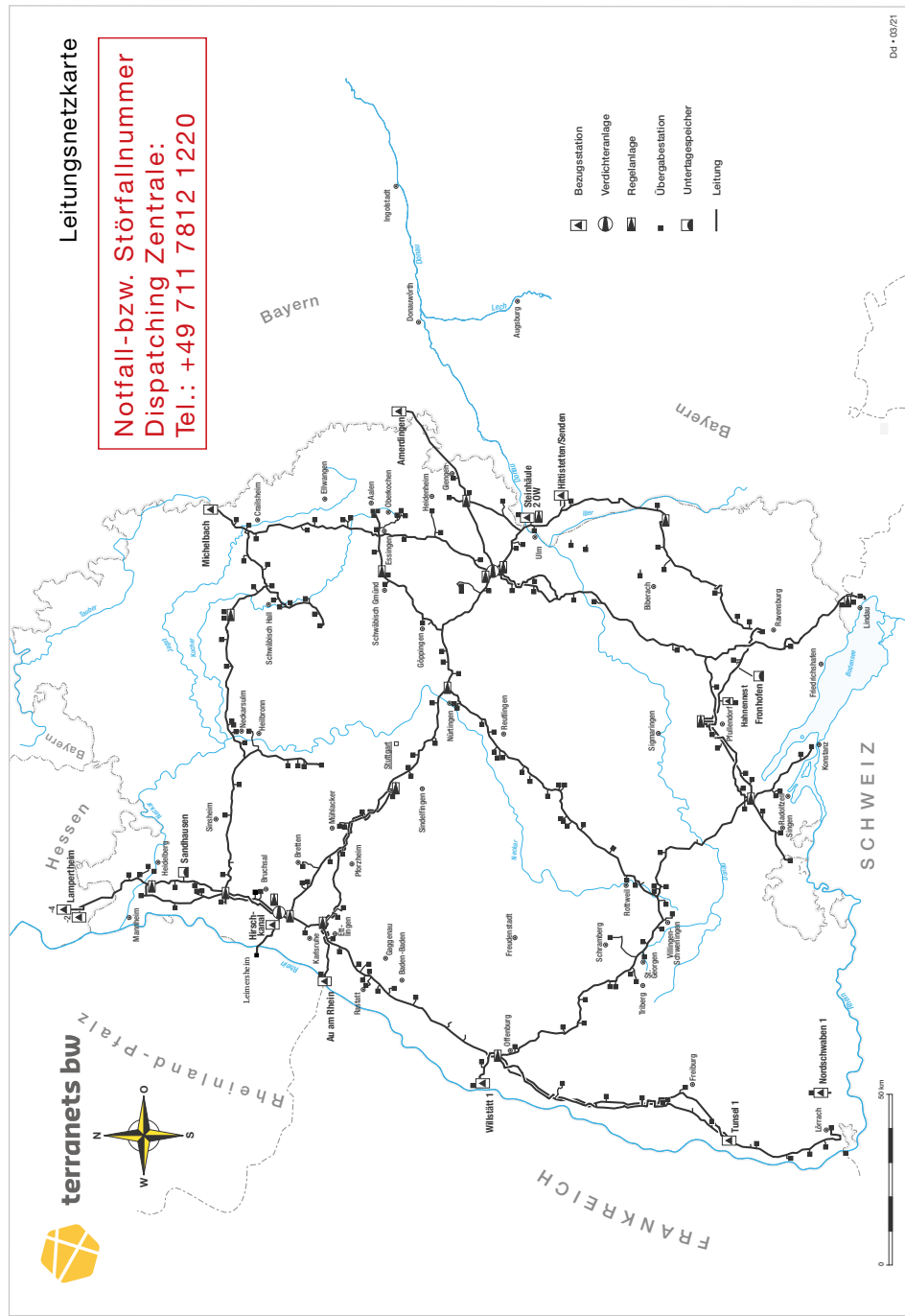
Das Betriebspersonal von terranets bw oder dessen Beauftragte haben keine Weisungsbefugnis im Sinne einer Bauleitung, sondern überwachen lediglich die sach- und fachgerechte Ausführung der Eingriffe in den Schutzstreifen. Erteilte Anweisungen an die Bauleitung des ausführenden Unternehmen beziehen sich ausschließlich auf die Einhaltung einschlägiger Vorschriften, insbesondere dem DVGW Regelwerk und in der Stellungnahme bzw. vor Ort gestellter Auflagen zum Schutz der Leitung, des Fernmeldekabels oder sonstiger Anlagen von terranets bw.

14. EMPFANGS- UND KENNTNISNAHME-BESTÄTIGUNG

Zu Ihrer und unserer Sicherheit ist der Erhalt der Stellungnahme von terranets bw und dieses Dokuments zu der von Ihnen geplanten Baumaßnahme zu bestätigen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis.







terranets bw

Ihr Kontakt zu uns:

terranets bw GmbH
Am Wallgraben 135
70565 Stuttgart

www.terranets-bw.de

Leitungsauskunft

<https://portal.bil-leitungsauskunft.de>

Stand 08/2022